

## Der Bund der Sozialdemokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft ist für Europa

Der große Europäer *Jean Monnet* beschreibt in seinen „Erinnerungen eines Europäers“, wie er 1954 Verbindungen zu den deutschen Gewerkschaften aufgenommen hat, wie deren Realismus ihn beeindruckte. Für Jean Monnet, der im März dieses Jahres gestorben ist, war der Aufbau Europas ohne die Gewerkschaften undenkbar.

25 Jahre später stehen die Gewerkschaften vor der Frage, wie sie ihre Ziele in Europa zu verwirklichen vermögen. Die bisherige Möglichkeit der Mitarbeit im Wirtschafts- und Sozialausschuß der Europäischen Gemeinschaft, in der Dreier-Kommission von Europäischem Rat, Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretung reicht nicht aus, um den Arbeitnehmerinteressen die Wirksamkeit zu garantieren, deren sie bedürfen.

Deshalb ist die logische Konsequenz aus dieser Entwicklung die Mitarbeit der Gewerkschaften im Parlament. Bereits im Juni letzten Jahres hat daher der Bund der Sozialdemokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft in seiner Brüsseler Erklärung der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften hohe Priorität eingeräumt. In diesem Bund haben sich die in der Sozialistischen Internationale vereinigten Parteien des demokratischen Sozialismus auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaft zusammengeschlossen.

Zwölf Parteien in neun Staaten sind Mitglieder des Bundes: Sozialdemokratische Parteien, Sozialistische Parteien, Arbeiterparteien. Allen diesen Parteien ist ihre enge Bindung an die europäische Gewerkschaftsbewegung gemeinsam. Sie haben eine gemeinsame Geschichte, sie haben gemeinsam Verfolgungen erlitten und sie haben gemeinsam dem Arbeitnehmer die Rechte erkämpft, die ihn zum mündigen Bürger gemacht haben.

Diesen Parteien gemeinsam ist auch eine sehr hohe Sensibilität für die gegenwärtige Lage der Arbeitnehmer in Europa. Sie sind überzeugt, daß ein enger Zusammenhang besteht zwischen der Wahrung des Friedens nach außen und dem sozialen Frieden im Innern.

In der Vorbereitung der Europawahlen haben diese Parteien ihre politischen Ziele in einer Parteiführer-Konferenz im Juni 1978 in Brüssel und beim Kongreß dieser Parteien im Januar 1979 in Brüssel festgelegt. Die Fragen der Vollbeschäftigung und der Wirtschaftsdemokratie sind die zentralen Aussagen im Manifest des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien Europas.

*Anker Jørgensen*, Vorsitzender der dänischen Sozialdemokraten und dänischer Ministerpräsident sowie der niederländische Fraktionsvorsitzende der Partij van de Arbeid, *Joop den Uyl*, haben die Forderung nach Vollbeschäftigung und Wirtschaftsdemokratie begründet.

Der Bund der Sozialdemokratischen Parteien hat die Absicht, im neugewählten Europäischen Parlament seine Politik eng mit den europäischen Gewerkschaften abzustimmen. Dies wird in eindeutiger Klarheit im Manifest des Bundes, das einstimmig beschlossen worden ist, festgelegt:

„Unser Eintreten für eine Gesellschaft, in der die verfügbaren Ressourcen gerecht verteilt werden, setzt voraus, daß wir die soziale und ökonomische Entwicklung beeinflussen wollen und können. Die klassischen Instrumente der Wirtschaftspolitik haben sich als nicht ausreichend erwiesen; eine aktive Beschäftigungspolitik und eine wirtschaftliche Rahmenplanung sind erforderlich, um die Arbeitslosigkeit zu verringern. Wir streben eine gerechtere Verteilung der verfügbaren Arbeit an, wobei die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit, die 35-Stunden-Woche und systematische Berufsausbildungs- und Umschulungspolitik eine wichtige Rolle spielen. Dies soll vor allem den sozialen Gruppen zugute kommen, die auf dem Arbeitsmarkt mit den größten Problemen zu kämpfen haben: Jugendliche, Frauen, ältere und ausländische Arbeitnehmer sowie Behinderte.

Wir erreichen dies am besten durch eine gemeinsame Politik, die zwischen den wichtigsten Industrienationen vereinbart wird. Diese gemeinsame Politik kann nur in enger Zusammenarbeit mit allen Gewerkschaften und besonders mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) verwirklicht werden.

Unsere Parteien betonen nachdrücklich, daß der EGB bei der Verteidigung der ideellen und materiellen Interessen der europäischen Arbeitnehmer ebenso wie bei der Verwirklichung des sozialen Fortschritts und bei der Demokratisierung der Wirtschaft eine zunehmende Rolle spielen muß. Der EGB muß weitgehend bei jeder Diskussion und Entscheidungsfindung beteiligt werden. Unsere Parteien bekräftigen ihre Bereitschaft, Initiativen soweit irgend möglich mit der Gewerkschaftsbewegung abzustimmen.“

Die Angriffe konservativer Parteien gegen die Kandidatur europäischer Gewerkschaftsführer auf den Listen der sozialdemokratischen Parteien kann uns weder beeindrucken noch wird sie uns abhalten, dem Auftrag der zwölf Parteien im Europäischen Parlament Geltung zu verschaffen.

Einzelheiten über die konkreten Grundlinien unserer Politik ergeben sich aus dem Programm der SPD für die erste europäische Direktwahl 1979. das im Dokumentationsteil dieses Heftes (S. 307 ff.) in Auszügen abgedruckt ist.

*Bruno Friedrich, MdB, Vizepräsident des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft und Europawahlbeauftragter der SPD*